

19. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Solarausbau in Berlin verteidigen – Verschlechterungen im EEG stoppen

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert,

- sich auf Bundesebene, insbesondere im Bundesrat, entschieden gegen geplante Änderungen des Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) zu stellen, die die Wirtschaftlichkeit und den Ausbau von Photovoltaikanlagen auf Dächern gefährden.
- insbesondere darauf hinzuwirken, dass
 - die geplante Abschaffung der Einspeisevergütung für kleinere Photovoltaikanlagen nicht umgesetzt wird,
 - keine verpflichtende Direktvermarktung für kleine und mittlere Dachanlagen eingeführt wird und
 - die Rahmenbedingungen für Mieterstrom- und gemeinschaftliche Gebäudeversorgungsmodelle verbessert und nicht verschlechtert werden.
- sich gegenüber der Bundesregierung, insbesondere gegenüber der Bundesministerin für Wirtschaft und Energie, für verlässliche und investitionssichere Rahmenbedingungen für Photovoltaikprojekte in Städten einzusetzen

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 31. Dezember 2026 zu berichten.

Begründung

Berlin hat sich ambitionierte Klimaziele gesetzt und verfolgt mit dem Ausbau von Solarenergie auf Dächern eine zentrale Strategie zur Dekarbonisierung der Energieversorgung. Gerade in einer dicht bebauten Metropole wie Berlin mit begrenzten Flächenpotenzialen ist der Ausbau von Solarenergie auf Gebäuden unverzichtbar. Mit dem Masterplan SolarCity wird angestrebt, bis zum Jahr 2035 rund 25 % des Stromverbrauchs aus Solarenergie zu decken – ein Ziel, das nur mit einem konsequenten und beschleunigten Ausbau erreichbar ist.

Die derzeit auf Bundesebene diskutierten Änderungen am Erneuerbare-Energien-Gesetz drohen jedoch, diese Entwicklung auszubremsen. Insbesondere die geplante Abschaffung oder Reduzierung der Vergütung für eingespeisten Solarstrom bei kleineren Anlagen sowie zusätzliche Verpflichtungen zur Direktvermarktung würden die Wirtschaftlichkeit vieler Projekte erheblich verschlechtern.

Dies betrifft u. a. Mieterstrommodelle und Photovoltaikanlagen auf Mehrfamilienhäusern, die für den urbanen Raum von zentraler Bedeutung sind. Diese Projekte sind bereits heute durch komplexe regulatorische Anforderungen, hohe administrative Kosten und begrenzte Renditen gekennzeichnet. Weitere Verschlechterungen der Rahmenbedingungen würden Investitionen verzögern oder ganz verhindern.

Für Berlin hätte dies unmittelbare Folgen: Der notwendige Ausbau der Solarenergie würde gebremst und die Erreichung der Klimaziele gefährdet. Gleichzeitig würde die Energiewende in der Stadt an sozialer Akzeptanz verlieren, wenn wirtschaftlich tragfähige Modelle für Mieterstrom und gemeinschaftliche Energieversorgung ausgebremst werden.

Die Energiewende in Städten ist kein Selbstläufer, sondern steht und fällt mit klaren, verlässlichen und investitionsfreundlichen Rahmenbedingungen. Wer durch gesetzliche Eingriffe den Ausbau von Photovoltaik auf Dächern wirtschaftlich unattraktiver macht, untergräbt nicht nur einzelne Projekte, sondern stellt die Glaubwürdigkeit der gesamten Energie- und Klimapolitik infrage. Solche Maßnahmen stehen nicht einfach im Widerspruch zu den Zielen von Bund und Ländern – sie konterkarieren sie aktiv. In einer Phase, in der jeder zusätzliche Ausbau erneuerbarer Energien zählt, ist es energiepolitisch vollkommen widersinnig, genau diesen Fortschritt politisch auszubremsen und dringend benötigte Investitionen zu gefährden.

Zugleich ist der beschleunigte Ausbau erneuerbarer Energien längst nicht mehr nur eine klimapolitische Notwendigkeit, sondern auch eine Frage strategischer Resilienz: Eine stärkere heimische Energieversorgung reduziert Abhängigkeiten von geopolitisch unsicheren Importen und erhöht die Versorgungssicherheit nachhaltig.

Der Senat ist daher aufgefordert, sich im Bundesrat klar gegen entsprechende Verschlechterungen zu positionieren und die Interessen urbaner Räume wie Berlin entschieden zu vertreten.

Berlin, den 23. Juni 2026

Jarasch Graf Taschner
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen